

Kleiststr. 10, 65232 Taunusstein
Tel.: 06128 / 246712
E-Mail: SPD-FraktionRTK@t-online.de
Fraktionsvorsitzender: Georg A. Mahr

10. September 2017

Sehr geehrter Herr Willsch,

bitte nehmen Sie den nachstehenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen



33/17

Jr 12/19

Georg A. Mahr

Dringlichkeitsantrag: Wer bestellt, der bezahlt. Land soll Kosten für Kita-Freistellung nicht auf Landkreis abwälzen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese die von ihr angekündigte Freistellung des 6-Stunden-Platzes für Kindergartenkinder in Hessen aus Landesmitteln bezahlt und dafür nicht in Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) greift.

Begründung der Dringlichkeit:

Am Mittwoch, den 30. August 2017 hat die Landesregierung mitgeteilt, dass sie zur Freistellung des 6-Stunden-Kitaplatzes auch KFA-Mittel verwenden will. Dies erfolgte nach dem Antragsschluss des Kreistags. Bis zum nächsten Kreistag am 06. Dezember 2017 ist davon auszugehen, dass auf Landesebene bezüglich der Finanzierung bereits Fakten geschaffen wurden. Daher ist die Dringlichkeit gegeben.

Begründung in der Sache:

Am Mittwoch, den 30. August 2017 hat die Landesregierung zuerst in der Plenarsitzung des Landtags und anschließend in einer gemeinsamen Sitzung des Sozial- und des Haushaltsausschusses des Landtags angekündigt, dass zur Finanzierung der von der Landesregierung versprochenen Freistellung des sechsständigen Kita-Platzes auch KFA-Mittel verwendet werden sollen. Es handelt sich um eine Summe von 89,6 Millionen Euro pro Jahr. Von diesen 89,6 Millionen entfällt auf die hessischen Kreise eine Summe von 20 Millionen Euro. Bei 21 Landkreisen in Hessen ist daher davon auszugehen, dass etwa 1 Million Euro von diesen Mindereinnahmen auf den Rheingau-Taunus-Kreis entfallen. So sehr zu begrüßen ist, dass Hessen endlich mit dem Einstieg in kostenlose frühkindliche Bildung beginnen will, so ist nicht einzusehen, dass der Rheingau-Taunus-Kreis dieses Versprechen der Landesregierung mit 1 Million Euro pro Jahr bezahlen soll. Wenn die Landesregierung sich von den Eltern feiern lassen will, dass sie den 6-Stunden-Platz freistellt, dann soll sie dies auch mit originären Landesmitteln umsetzen.